



Der alte und neue Vorstand der BI: Peter Kliche, Reiner Löcker, Christian Hose, Wolfgang Maasjost, Ansgar Clemens (v.l.).

Foto: Katharina Scheerer

Weg genau abwägen

Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „HFO“

■ Von Katharina Scheerer
Olpe.

Die Bürgerinitiative Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe (HFO) lud vergangenen Mittwoch zur Mitgliederversammlung in das Mehrgenerationenhaus des DRK ein. Auf der Tagesordnung stand neben bisherigen Aktivitäten auch die aktuelle Situation um die Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) – insbesondere der Bau eines Metallzauns.

Von den 247 Mitgliedern der BI waren etwas mehr als 20 erschienen. Thema der Versammlung war vor allem ein rund 2,20 Meter hoher Zaun der noch in diesem Jahr um die Unterkunft errichtet werden soll.

„Ursprünglich war der Zaun für das zweite Quartal 2016 geplant“, so Peter Kliche, Vorstandsmitglied. „Jedoch gibt es Probleme mit der Finanzierung, sodass sich der Bau noch verzögern wird.“ Der Metallzaun soll das Gelände rund um das Regenbogenland abgrenzen. Davon versprechen sich die Anwohner vor allem, dass „die Flüchtlinge nicht mehr einfach durch das Wohngebiet spazieren“, so Vorstandsmitglied Reiner Löcker.

Durch den Zaun vergrößert sich das Gelände um das Regenbogenland um einen Bolzplatz und den Bereich der sogenannten Ranch. Auf Nachfrage aus dem Publikum, ob es sich dabei um einen soliden Zaun oder lediglich eine Art Jägerzaun handle konkretisierte Kliche die Pläne: „Es wird auf jeden Fall etwas Stabiles geben. Geplant ist ein 2,20 Meter hoher Metallzaun mit Y-förmigem Aufsatz. Wir reden hier nicht von einem Gefängniszaun, das nicht, aber sehr stabil.“

Außerdem beschäftigte die Mitgliederversammlung das Thema sexuelle und verbale Belästigung sowie Diebstähle

und Hausfriedensbruch durch Flüchtlinge. Während einige Anwohner von regelmäßigen Fällen von verbaler Belästigung und Hausfriedensbruch durch Flüchtlinge, die Abkürzungen durch die Gärten der Wohnhäuser nehmen, berichteten, konnten andere dies nicht bestätigen. „Ich gehe regelmäßig durch das Gebiet spazieren. Mich hat noch nie jemand in irgendeiner Art belästigt“, berichtete eine Anwohnerin.

Andere Frauen erzählten jedoch, dass sie bereits mit Fragen wie „Are you married?“ oder „Willst du mit mir gehen?“ konfrontiert wurden. Außerdem, so sagte Vorstandsmitglied Wolfgang Maasjost, sei dies „von der Jahreszeit abhängig. Sobald es wieder wärmer wird, wird sich das ändern.“

Massenunterkünfte keine Alternative

Auch ihre Lebensqualität sehen viele Anwohner trotz Verbesserungen in Müll- und Lärmbelästigung durch die Präsenz der Flüchtlinge eingeschränkt. Ebenfalls diskutiert wurde die Entwicklung der Flüchtlingszahlen 2016. „Die Stadt rechnet mit einer Zuweisung von 347 Flüchtlingen zusätzlich zur ZUE und den 80 weiteren Flüchtlingen, die in Olpe untergebracht sind“, so Löcker.

Da diese Zahlen vor Schließung der Balkanroute berechnet wurde, merkte ein Mitglied an, es bestehe demnach noch „ein Funke Hoffnung“ auf eine geringere Zahl an Flüchtlingen. Jedoch sei laut Maasjost auch denkbar, „dass Frau Merkel ein Flugzeug nach Athen schickt“ und sich die Zahl erhöht.

Auch aus diesem Grund möchte die BI an ihrer Strategie festhalten. „Massenunterkünfte seien weiterhin keine Alternative. „Gerade durch

die hohe Fluktuation der Flüchtlinge ist es kaum möglich, sie zu integrieren“, sagte Löcker.

Deshalb spendete die BI je 500 Euro an die Caritaskonferenz Heilig-Geist und die Gesellschaft der Franziskanerinnen. „Wir stehen weiterhin in engem Kontakt zur Stadtverwaltung und seitdem Bürgermeister Peter Weber im Amt ist, läuft die Kommunikation deutlich besser“, so Kliche. Außerdem werde man auch in Zukunft weiterhin am Forum Integration teilnehmen, wengleich hier nur noch Informationen verteilt würden.

Rechtliches Vorgehen zu langwierig

Die rechtliche Situation rund um das Regenbogenland ist zwar nicht Aufgabe der BI, wurde aber dennoch auf Nachfragen aus dem Publikum erläutert. Kliche wies jedoch darauf hin, dass dies Aufgabe von Privatpersonen sei. „Wenn wir uns davon etwas versprechen, werden wir über einen Anwalt die entsprechenden Unterlagen anfordern lassen“, so Maasjost. Es gäbe immer noch Punkte auf dem Gelände, die nicht die entsprechenden Brandschutzauflagen erfüllen. Außerdem sei der Flächennutzungsplan zu prüfen. „Wir müssen jedoch genau abwägen, welchen Weg wir gehen. So ein Prozess kann sehr langwierig und teuer werden“, so Kliche.

Zurzeit sind in der ZUE 291 Flüchtlinge untergebracht (Stand 8. März), davon 120 Iraker, 65 Afghanen und 86 Syrer. Maximal dürfen 400 Menschen in der Unterkunft wohnen. Im Durchschnitt bleiben die Flüchtlinge 29 Tage in der Unterkunft.

Der Mietvertrag wurde auf den 11. Februar 2015 rückdatiert und läuft noch weitere vier Jahre.